

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Benin - 1993

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1994) : Benin - 1993, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1993: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 82-85

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301811>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Benin - 1993

Fläche: 112.622 km², **Einwohner:** 5,3 Mio. , **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Franz., **Schulbesuchsquote:** 42%, **Wechselkurs:** \$ 1 = 264 FCFA, **Pro-Kopf-Einkommen:** 380 \$, **BSP:** 219 Mio. \$, **Anteil am BIP:** 36% - 14% - 49%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 80%, Erdöl 20%, **Staats- und Regierungschef:** Nicéphore Soglo , **Regierungspartei:** Le Renouveau (Regierungskoalition aus 10 Parteien)

Die Konsolidierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesses machte langsam Fortschritte; dessen Erfolg wurde aber durch die Auswirkungen der instabilen politischen Verhältnisse im benachbarten Togo bedroht.

Innenpolitik

Kultureller und gesellschaftspolitischer Höhepunkt des Jahres war das 1. internationale Festival zur Kultur des Vodoun, "Ouidah '92", das unter Beteiligung von UNESCO, OAU, Nigerias, Ghanas, Brasiliens, Haitis sowie vieler anderer afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten vom 7. - 18.2. in den drei Küstenstädten, Ouidah, Cotonou und Porto Novo abgehalten wurde. Das Festival galt als Zeichen der Wiederbelebung von Kultur und Religion des Vodoun, welcher der überwiegende Teil der animistischen Bevölkerung Benins (62%) angehört. Selbst auf das Denken und Handeln der politischen und intellektuellen Elite des Landes, die überwiegend dem christlichen Teil der Bevölkerung (24%) angehört, hat der Vodoun einen bislang erheblich unterschätzten Einfluß. Die Regierung Soglo trug dem u.a. durch die ab 1991 garantierte Freiheit der Religionsausübung Rechnung. International beachtet wurde weiterhin, daß auch der Papst während seines Staatsbesuches in Benin (3.-5.2.) die Bedeutung des Vodoun hervorhob, indem er - zum ersten Mal in der Geschichte des Christentums - aktiv das Gespräch mit Vodoun-Priestern suchte. Am 17./18. April kam es zwischen Anhängern des Vodoun und Islamisten in Porto Novo zu Unruhen, die zwei Tote sowie über 20 Verletzte forderten und Ängste um eine Verschärfung religiös-ethnischer Gegensätze nun auch in Benin weckten.

In seiner Ansprache zur Lage der Nation am 29.1. im provisorischen Parlament in Porto Novo betonte Staatspräsident Soglo, daß Benin zwar in Afrika als "Leuchtfener der Demokratie" gelte, daß aber die bisherigen Errungenschaften des Demokratisierungsprozesses einer Konsolidierung und Entwicklung bedürften: Demokratie sei der Motor aller Entwicklung und erschöpfe sich nicht in guten Gesetzen und formellen demokratischen Institutionen. Die in der neuen Verfassung von 1991 vorgesehenen und bereits im letzten Jahr mehrfach von der Opposition angemahnten Institutionen zur Absicherung der Gewaltenteilung, der oberste Verfassungsgerichtshof, der Wirtschafts- und Sozialrat (zur Berücksichtigung der unzureichend im Parlament vertretenen unterprivilegierten Bevölkerungsschichten) sowie der Nationale Medienrat (Conseil national de l'audiovisuel et de la communication) sollten nunmehr unverzüglich eingerichtet werden. Im Verlauf des Jahres erwies sich allerdings, daß der Streit um die Einrichtung dieser Institutionen von allen Parteien und der Regierung benutzt wurde, um Bastionen im Kampf um die politische Macht zu schaffen oder zu konsolidieren.

Mgr. de Souza, katholischer Bischof und als Präsident der Nationalkonferenz von 1990 sowie des "Hohen Rates" einer der Gründungsväter der Demokratiebewegung in Benin, trat im Mai enttäuscht von seinen politischen Ämtern zurück. In einem am 4.5. veröffentlichten Brief an den Staatspräsidenten beklagte er sich über die weitere Verzögerung der Installation des Verfassungsgerichtes (als Nachfolgeinstitution des Hohen Rates), bewirkt durch den Streit hinter den Kulissen um die Besetzung der höchsten Richterämter; bereits früher hatte de Souza die Auffassung vertreten, die Ausrichtung der Parteiarbeit an egoistischen Partikularinteressen sowie Korruption und Vetternwirtschaft habe mit der Demokratisierung in Benin eher noch zu- als abgenommen. Zum Rücktritt de Souzas mag allerdings auch der Kreuzzug des Papstes gegen "politische Priester" beigetragen haben, den der Papst anlässlich seines Staatsbesuches (s.o.) erneuerte. Der Verfassungsgerichtshof wurde schließlich am 7.6. mit zehn Mitgliedern inauguriert: drei Richter wurden durch den Staatspräsidenten ernannt und sieben von der Nationalversammlung gewählt. Versuche der Regierungskoalition, Kandidaten der Opposition von der Wahl in die Richterämter auszuschließen, blieben erfolglos; u.a. wurde auch Ex-Staatspräsident Hubert Maga (Führer der Oppositionspartei Parti nationale pour la démocratie et le développement) Mitglied des Gerichtshofs, dessen Präsidium die Richterin Elizabeth Kayissan Pognon übernahm.

Obwohl Soglo in seiner Ansprache zur Lage der Nation die Medien und insbesondere die Bedeutung der freien Presse als "vierter Gewalt" im Staate hervorgehoben hatte, deuteten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Nationale Medienrat seine Überwachungsfunktion sehr restriktiv wahrnahm. Im April verhinderte er z.B. die Teilnahme des Oppositionsführers und Parlaments-Präsidenten, Adrien Houngbédji, an einer Fernsehdebatte über die ersten zwei Jahre der Demokratisierung in Benin. Die Presse wurde zunehmend mit Verleumdungs-Prozessen überzogen. Im ersten Halbjahr wurden über 100 Anklagen gegen Journalisten vor Gericht zugelassen von denen die meisten verurteilt wurden; so z.B. im Mai Edgar Kaho, Herausgeber der Zeitung Le Soleil, wegen beleidigender Kritik der Gattin Soglos zu 12 Monaten Gefängnis oder Francois Comlan, Herausgeber der Zeitung L'Observateur, wegen Falschaussagen über die Finanzierung der Wahlkampagne Soglos, zu 6 Monaten und einer Geldstrafe. Von den ca. 50 verschiedenen Presseorganen, die seit dem Renouveau Démocratique wie Pilze aus dem Boden sprossen, sind heute nur noch 6 übriggeblieben; selbst renommierte unabhängige Wochenzeitungen, wie die Gazette du Golfe, mußten ihre Auflage von 35.000 (1991) halbieren. Hauptgrund für den bemerkenswerten Einbruch in der Presselandschaft dürften aber in erster Linie ökonomische Gründe sein.

Die anscheinend von höheren Sicherheitsbeamten und Militärs gedeckte Massenflucht von Putschisten, die dem Kreis des ins Ausland geflüchteten Offiziers Pascal Tawes (Putschversuch im Juli '92) zugerechnet wurden, aus den Gefängnissen in Cotonou (drei Häftlinge; am 5.1.) und Ouidah (187 Häftlinge; am 6.3.) verursachte erhebliche Verunsicherung bei Regierung und Bevölkerung. Eine Reihe hochrangiger Militärs und Sicherheitsbeamter wurde entlassen. Die politische Verantwortung für diese Vorfälle wälzte der Regierungschef auf seinen Verteidigungsminister und ehemaligen Weggefährten im Demokratisierungsprozess, Florentin Féliho, ab. Als Geste der Versöhnung mit den ehemaligen Anhängern Kérékou's erließ Soglo - den islamischen Ramadan zum Anlaß nehmend - am 24.3. Amnestie für Leonard Kedote und 23 andere Nordbeniner, die wegen Teilnahme an den Unruhen bei den Präsidentschaftswahlen am 24.3.91 inhaftiert worden waren; Lobbyisten der Ethnien des Nordens hatten schon seit längerem deren Freilassung gefordert. Im übrigen kündigte Soglo aber bereits im Januar an, durch eine Dezentralisierung und neue Raumordnungsplanung (u.a. Aufspaltung der derzeit 6 in 12 Provinzen) die Machtbasis der alten politischen Elite des Nordens aufbrechen zu wollen. Auch Martin Azonhiho, der ehemals starke Mann in der Kérékou-Regierung, der der Korruption beschuldigt und seit Sept. 91 ohne Prozeß inhaftiert worden war, wurde im Febr. freigelassen. Seine Freilassung erfolgte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Berichtes einer 1991 eingesetzten Menschenrechtskommission über die Menschenrechtsverletzungen des Kérékou-Regimes, nach dem zwischen 1975 und 1989 insgesamt 87 Fälle von Folter politischer Häftlinge nachgewiesen wurden.

Die "Abdankung" des Verteidigungsministers Féliho am 12.3. brachte die schon seit einem Jahr schwelenden Widersprüche innerhalb des Regierungslagers offen zum Ausbruch und dürfte - neben der allgemeinen Unzufriedenheit über die angebliche Vetternwirtschaft und den autokratischen Regierungsstil Soglos - der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt gewesen sein. Der Schwiegersohn Soglos, Désiré Vieyra, bis dahin Staatssekretär im Präsidialamt und enger Berater des Regierungschefs, übernahm die Nachfolge Félihos als Verteidigungsminister. Einige Monate später, am 8.9., gab Soglo die bereits seit einem Jahr von Führern der Regierungskoalition ungeduldig erwartete Kabinettsumbildung bekannt. Robert Dossou, ehemals Planungsminister unter Kérékou, der als einer der Gründungsväter der Nationalkonferenz von 1990 gilt, wurde neuer Außenminister. Nur fünf Minister der "alten Garde" der ersten Übergangsregierung unter Soglo vom März 1990 behielten ihren Posten: Finanzminister Paul Dossou, Justizminister Yves Yéhouessi, Ausbildungsminister Karim Dramane sowie die des öfteren der Vetternwirtschaft beschuldigten Minister Véronique Lawson (Gesundheit) und Amadou N'Diaye (Landwirtschaft). Die Koalitionsparteien, die sich eine stärkere Einbindung in die Regierungsverantwortung erhofft hatten, waren über diese Kabinettsumbildung wenig erbaut. Théophile Béhanzin-Paoletti, bis dahin Führer der Regierungskoalition Le Renouveau, verließ letztere daraufhin am 12.10. mit 15 weiteren Dissidenten, um eine neue Gruppierung Les Indépendants, zu bilden. Mit den 19 verbleibenden Abgeordneten verlor das Renouveau zwar die Parlamentsmehrheit, blieb aber die stärkste Fraktion. Um im Hinblick auf die Parlamentswahlen im nächsten Jahr eine solidere Mehrheit wiederzugewinnen, gründeten Soglo nahestehende Politiker und Minister eine neue Partei (Rassemblement Africaine pour le Progrès et la Solidarité, RAP); letztere hat jedoch bisher im Parlament keinen Sitz, und ihre Verflechtung mit der 1992 von Soglos Ehefrau, Rosine Soglo, gegründete Partei Renaissance du Bénin (RB), der der Staatspräsident im Juli beitrug, ist unklar. Formell breitete sich das Parteienspektrum (insgesamt 47 Parteien) mit der Gründung (am 9.6.) einer reformierten Kommunistischen Partei, der Parti Communiste du Bénin (PCB), als Nachfolgeorganisation der in der Kérékou-Ära im Untergrund arbeitenden Hauptoppositionspartei PCD, weiter aus; diese Partei befindet sich aber heute im politischen Abseits. Eine Tendenz zum Zwei-Parteien-System ist unverkennbar: Denn bereits im Februar, am dritten Jahrestag der Nationalkonferenz von 1990, schlossen sich 22 Parteien zur Oppositionsfront Convention Nationale des Forces du Changement zusammen. Letztere umfaßt die wichtigsten Oppositionsparteien Notre Cause Commune (NCC) Albert Tévoédjres, die Parti pour le Renouveau Démocratique (PRD) des Parlamentspräsidenten Adrien Houngbédji sowie die Parti pour la Démocratie et le Développement (PDD) des ersten Staatspräsidenten Benins, Hubert Maga.

Die instabilen politischen Verhältnisse im benachbarten Togo sowie die Massaker in Lomé im Januar und März lösten eine Massenflucht togoischer Staatsangehöriger (ca. 150.000) und oppositioneller Militärs (ca. 140) nach Benin aus, die im Laufe des Jahres zunehmend sowohl politisch und gesellschaftlich als auch wirtschaftlich zum Problem wurde; u.a befürchtete man destabilisierende Auswirkungen auf die Subregion im Allgemeinen und auf die eigene Armee bzw. die Gruppe der entlassenen Soldaten im Besonderen.

Außenpolitik

Auf Grund der engen familiären und ethnischen Bindungen zwischen vielen Beninern und Togoern - nicht zuletzt in höchsten Regierungskreisen - fühlte sich die beninische Seite besonders zur Vermittlung im Togo-Konflikt zwischen Eyadéma und der togoischen Opposition aufgerufen (zuletzt im März). Ex-Staatspräsident Maga und Mgr. de Souza führten Vermittlungsgespräche mit Eyadéma in Lomé. Es

stellte sich allerdings bald heraus, daß Eyadéma keine der erreichten Kompromißformeln honorierte. Weitere Friedensmissionen unternahm Soglo in seiner Eigenschaft als (im Juli) wiedergewählter Präsident der ECOWAS im Liberia-Konflikt. Dabei gelang es ihm die Neutralität der bislang durch nigerianische Truppen dominierten ECOMOG-Sicherheitskräfte der ECOWAS in Liberia durch Beteiligung zusätzlicher Truppen (auch ostafrikanischer) Staaten und durch Vermittlung der VN besser zu gewährleisten.

Im Mai nahm Soglo als eines der 4 afrikanischen Gründungsmitglieder am Berliner Gründungskongress einer internationalen Organisation zur Bekämpfung der Korruption in Entwicklungsländern - Transparency International (TI) - teil. Das Engagement Benins in Fragen des Demokratisierungsprozesses wurde auch von den Gebernationen der Entwicklungshilfe honoriert: Auf einem Kolloquium in Cotonou am 9.-11.7. sagte einer der deutschen Teilnehmer, M.W. Härdtl, Staatssekretär im BMZ, daß Benin mit einer "Demokratisierungsprämie" rechnen könne, die vom Ausmaß her bisher keinem anderen afrikanischen Land gewährt würde. Ähnliche Zusagen gab auch Frankreich. Soglo sah das allerdings anders: während seines Staatsbesuches in Frankreich (9.11.) beschwerte er sich darüber, daß die großzügigen Entwicklungshilfe-Versprechungen der internationalen Gebergemeinschaft nicht eingehalten würden; im Gegenteil fließe seit dem Ende der Kérékou-Ära immer weniger Entwicklungshilfe ins Land: die tatsächlichen Auszahlungen seien von nahezu 9 Mrd. F CFA im Jahre 1989 auf 6.5 Mrd. (1991) gesunken; es ständen noch 1,5 Mrd. FCFA an zugesagten, aber nicht abgeflossenen Geldern aus. Soglo plädierte nochmals für einen "Marshallplan" für Afrika im Allgemeinen und mehr konkrete Unterstützung des beninischen Demokratiemodells im Besonderen.

Sozioökonomische Entwicklung

Unerwähnt ließ Soglo in seiner Kritik der Entwicklungszusammenarbeit allerdings einen im Juni im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs erfolgten 50% Schuldenerlaß, der zusätzlich zu der bereits bei den letzten Umschuldungsabkommen im Dez. 91 ausgehandelten Reduzierung der Auslandsverschuldung erfolgte. Nach den neuesten verfügbaren Daten (Stand: Ende 1991) macht die Auslandsverschuldung gegenüber staatlichen bilateralen Kreditoren derzeit \$ 614 Mio oder 47% der Gesamtverschuldung (\$ 1.3 Mrd.) aus. Außerordentliche ausländische Hilfe zur Finanzierung des Strukturanpassungsprogrammes trug außerdem entscheidend dazu bei, daß Benin trotz eines zunehmenden Handelsbilanzdefizits (+18,9 % auf \$ 185,5 Mio.; 1992) wegen weiter unverhältnismäßig ansteigender Importe (+14,3%), über genügend Devisenreserven verfügte um die Importe zu finanzieren. Ein großer Teil der Importe (bis zu 70%) sind allerdings für den Re-Export bzw. Transithandel bestimmt, wobei Benin sicherlich auch von der vorübergehenden Verlagerung des (Übersee-)Handels von Lomé nach Cotonou wegen des Generalstreiks in Togo profitierte. Ebenso wie Gambia im anglophonen Afrika, gilt Benin in der F CFA-Zone als der "Musterschüler" des IMF, der im Januar ein weiteres dreijähriges erweitertes Strukturanpassungsprogramm (Enhanced Structural Adjustment Facility, ESAF) von insgesamt SDR 46,95 Mio (\$ 65 Mio.) für die Periode 1992-95 genehmigte; das ESAF ersetzt das noch unter Kérékou ausgehandelte vorherige SAP für die Jahre 1989-92, daß Kredite in Höhe von SDR 21,9 Mio. (\$ 30 Mio.) zur Verfügung gestellt hatte; SDR 6,26 Mio. davon waren bis zur Beendigung dieses Programmes im Juli '92 allerdings nicht abgeflossen, weil Benin die gemeinsam gesetzten Ziele nicht erfüllt hatte. Das Haushaltsdefizit, das nach den neuesten verfügbaren Zahlen (1992) noch 9,7% des BSP betrug, soll nach den Vorgaben des Strukturanpassungsprogramms bis 1995 auf 5% reduziert werden. Die Staatseinnahmen stiegen 1992 um 16,9% und die Ausgabenbegrenzung, z.B. durch das Programm zum Personalabbau im Öffentlichen Dienst, machte langsame Fortschritte (1992 beantragten weitere 2.313 Staatsangestellte im Rahmen

dieses Programms ihre Entlassung, was etwa 70% der Zielvorgaben entsprach), wodurch 1,3 Mrd. FCFA eingespart werden sollten.

Der mittlerweile privatisierte Bankensektor erhielt einen beträchtlichen Auftrieb durch die Entscheidung der international renommierten Crédit Lyonnais im Januar in Cotonou neben den bereits existierenden 4 Privatbanken eine weitere Filiale zu eröffnen. Die Wachstumsrate der Wirtschaft liegt nach neuesten Schätzungen mit 4% leicht über dem Bevölkerungszuwachsraten; wobei allerdings die ausgedehnten Aktivitäten des informellen Sektors, insbesondere der Parallelhandel und Benzin-Schmuggel mit Nigeria nicht mitgezählt sind.

Dirk Kohnert

Chronologie Benin 1993

- 1.2. Beginn einer Fluchtwelle von ca. 150.000 togoischen Flüchtlingen nach Benin
- 4.2. Staatsbesuch des Papstes
- 7.-18.2. Ouidah-92: erstes internationales Festival zur Kultur des Vodoun
- 12.3. Demission des Verteidigungsministers F. Féliho
- 16.3. UNHCR bewilligt Soforthilfeprogramm für togoische Flüchtlinge in Benin
- 24.3. Amnestie von 23 politischen Gefangenen aus Nord-Benin
- 18.4. ethnisch-religiöse Konflikte zwischen Islamisten und Vodoun-Anhängern in Porto-Novo
- 13.5. Mgr. de Souza, Präsident des Hohen Rates, zieht sich enttäuscht aus Politik zurück
- 7.7. Installation des obersten Verfassungsgerichtes und Auflösung des Hohen Rates
- 30.7. Club von Paris gibt Schuldenerlaß um 50% bekannt
- 8.9. Kabinettsumbildung
- 11.10. Regierungskoalition spaltet sich und verliert Parlamentsmehrheit